

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschland: Nachrichten Dresden.
Dienstleister-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachdruckrechte: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise,

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage monatlich 14.— M.-
vierfachblatt 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich
12,50 M., vierfachblatt 37,50 M.
Die einfache 37 mm breite Seite 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stellen u. Wohnungsmärkten, 1-päppige Ans. u. Verhältnisse 2.— M. Bezugsschläge laut
Tari. Auswert. Ausdrücke gegen Herausgabezeit. Einheitspreis d. Vorabendblatts 10 Pf.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Betriebsgeschäftsleiter:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lipsch & Reichert in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Die Entscheidung über die Deutschen Werke.

Die Rolle der Botschafterkonferenz.

Bildung der Befürwortungsmahnen. — Längere Diskussion.

Paris, 11. Jan. Die deutsche Botschaft in Paris hat am 10. Januar folgende von Cambon gezeichnete Note der Botschafterkonferenz über die Deutschen Werke erhalten:

„Em. Excellenz haben die Botschafterkonferenz mit dem gefälligen Schreiben vom 16. November 1921 die Aufklärung Ihrer Regierung über die Krise der Deutschen Werke wissen lassen. Ich bedanke mich, Em. Excellenz mitzuteilen, daß die Botschafterkonferenz alle Maßnahmen, die die Anteilnahme der Militärkontrollkommission in dieser Krisis getroffen hat, als vollständig begründet ansieht. Indes ist die Kommission ermächtigt, zur Durchführung der Umstellungen, die sie für erforderlich erachtet wird, fristlos zu bewilligen, die auszureichen, um die besonderen Interessen der Arbeitnehmer vollständig zu wahren. Bedingung wäre dabei, daß diese Umstellungen spätestens im Zeitpunkt des Antritts jedes effektiven Kontrolle seitens der alliierten Räte vollständig beendet sind. Die Botschafterkonferenz hat die Anteilnahme der Militärkontrollkommission angewiesen, diese Entscheidung zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und alle Einschätzungen zu erledigen, die das Schreiben Em. Excellenz vom 16. November 1921 aufweist.“

Von zuständiger Seite wird zu dieser Note bewertet, daß das in der Note angeführte Schreiben der Botschafterkonferenz dem Auswärtigen Amt bisher noch nicht zugegangen ist. Es wäre voreilig, Schlüsse auf den Inhalt und den Ausdeutungen der Note der Botschafterkonferenz ziehen zu wollen.

Briand wirbt für den Garantievertrag.

Cannes, 11. Jan. Nach Schluß der Vormittagssitzung des Obersten Rates gab Briand den französischen Pressevertretern eine Erklärung ab, wobei er u. a. sagte: Was die Befreiung wesen seiner Besprechungen mit Lloyd George über den Garantievertrag angehe, daß nämlich Frankreich dieses Ziel mit Angestrahlter bezüglich seiner nationalen Verteidigung und der Pläne, die es nach dem Versailler Vertrag am Rhein besitzt, werde bezahlen müssen, so könne er nur bemerken, daß bei seinen Besprechungen mit Lloyd George niemals davon die Rede war. Italien mache gut, daß Frankreich bereit sei, alle Abkommen zu schließen, die geeignet seien, die Bande zwischen den beiden Ländern enger zu knüpfen. Die Befreiung einer englischen Flotte wegen der Unterseeboote würden, falls das Abkommen zustande käme, zerstört werden. Wenn Frankreich und England Hand in Hand gingen, würden ihre beiderseitigen Adressaten in gemeinschaftlichen Übereinkunft sich über die Verwendung ihrer beiderseitigen Seestreitkräfte einigen können. Frankreich hinzun, es sei verabschiedet worden, daß alle zwischen Frankreich und Großbritannien schwedenden Fragen zur Sprache gebracht würden, um ihnen womöglich eine befriedigende Lösung zu geben. Er hoffe, daß man zu einer grundsätzlichen Einigung gelangen werde. Ob das jetzt oder später der Fall sein werde, könne er noch nicht sagen. (W. T. B.)

Frankreich hinzun, er persönlich hätte es gern gesehen, daß sich ein solches Abkommen auf ganz Europa erstreckt und alle Mächte verpflichte, ihre gegenseitigen Grenzen anzuerkennen und sich nicht anzuwählen. England sollte sich lediglich zu einer Garantie der französisch-deutschen Grenze verpflichten.

Vor dem Abschluß des Vertrages.

Eigner Drabbericht der „Dresden Nachrichten“.

Cannes, 11. Jan. Der Vorsitz des französischen Echouvertages soll in einer auf heute vormittag 10.30 Uhr festgesetzten Besprechung zwischen Briand und Lloyd George festgestellt werden. Frankreichsseite hofft man, daß das Dokument Donnerstag veröffentlicht werden könnte. Das Abkommen wird sich auf die Zusicherung gegen seitigen Schutz im Falle eines deutschen Angriffs beschränken. Das Abkommen enthält keinerlei einschränkende Bestimmungen für Frankreich, Frankreich und England sichern sich darin gegenseitig Sicherheit im Falle eines deutschen Angriffs an.

Die Organisierung des internationalen Finanzkonsortiums.

Eigner Drabbericht der „Dresden Nachrichten“.

Cannes, 11. Jan. Der Oberste Rat nahm in seiner gestrigen Abendung um 8½ Uhr das von Schriftstellerin gelesene Telegramm zur Kenntnis. Auf den russischen Botschafter, London zum Sitz der Wirtschaftskonferenz zu wählen, durfte eine Antwort kaum erteilt werden. Der Oberste Rat nahm sodann von dem Stande der Arbeiten der von ihm eingesetzten Kommission für die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz in Wien Kenntnis und sorgte eine Entschließung über die Errichtung des Internationalen Konsortiums, das aus einer Finanzamtsgeellschaft und Tochtergesellschaften in den einzelnen Ländern bestehen soll. Es ist bestimmt in Aussicht genommen, daß in allen englischen Dominions, darunter auch in Irland, solche Tochtergesellschaften errichtet werden sollen. Der Oberste Rat beschloß, daß ein Komitee aus zwei Engländern, zwei Franzosen, einem Italiener, einem Belgier und einem Japaner gebildet und mit den nötigen Befähigungen ausgestattet werden soll, um sich mit den Vertretern anderer Länder zu folgenden Zwecken zu vereinigen:

1. Das Projekt des Konsortiums in allen Einzelheiten zu prüfen;

2. alle notwendigen Voruntersuchungen anzustellen, damit das Zentralkonsortium und dessen Tochtergesellschaften organisiert werden können. Alle diese Organisationen sollen von der fürstlich veröffentlichten Entschließung der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlich vorbehalteter Beamten Sachsen (B. A. G.) zu dem Hause „Lempe-Schmitt“ Kenntnis genommen.

Wenn im Obersten Rat vertretenen Regierungen verpflichten sich, ohne Verzug 10 000 Pfund Sterling oder den entsprechenden Gegenwert in anderer Währung dem Komitee zur Verfügung zu stellen, damit dieses sofort in Wirklichkeit treten kann. Ohne jedoch den zu erlaubten Einladungen wurde beschlossen, daß alle Dominions, einschließlich des Freistaates von Irland, eingeladen werden sollen. Morgen soll die Kommission, die sich mit der Konferenz von Genoa zu beschäftigen hat, die Tagesordnung für die Konferenz endgültig bestimmen.

Beschränkte Drohungen an die deutsche Delegation.

Eigner Drabbericht der „Dresden Nachrichten“.

Paris, 11. Jan. Eine Meldung des Sonderberichters des „Journal“ in Cannes zufolge hätten die Alliierten bereits die Antwort in Vorbereitung, die den deutschen Delegierten erteilt werden soll, falls diese, wie am 14. Dezember vor der Reparationskommission, auch hier vor der Konferenz erklären sollten, daß Deutschland nicht imstande sei, mehr als 240 bis 300 Millionen zu zahlen. Den deutschen Vertretern würde erklärt werden, daß man Deutschland gegenüber bereits große Nachgiebigkeit walten ließe; denn die belgischen Dokumente hätten bewiesen, daß Deutschland mehr als 800 Millionen zu zahlen könne. Man begnüge sich aber mit einer Summe von 720 Millionen. Von Strafmaßnahmen sei, wie der Berichtsherr meldet, zwischen den Alliierten bisher nichts gesprochen worden. Die Frage der Saararbeiten sei neu erörtert zur Debatte gestellt. Voucheur verlangt weiterhin, daß der Betrag hierfür Frankreich erst im Jahre 1923 angerechnet werde. Bisher konnte er in dieser Hinsicht keine Befragung erhalten, doch gebe er es noch nicht auf, wenigstens eine teilweise Befriedigung seiner Ansprüche zu fordern.

Englische Aussöhnung der deutschen Jahresleistungen 1922.

Eigner Drabbericht der „Dresden Nachrichten“.

London, 11. Jan. Während die meisten Berichte die Feststellung der Barzahlungen auf 720 Millionen als endgültig ansehen, erklärte der Korrespondent des „Daily Chronicle“, die Angelegenheit sei noch nicht erledigt, und der Berichtsherr der „Daily News“ bestätigte, daß der genannte Riffet nur als einen Versuch, weil die Engländer der Aufklärung seien, daß die Forderung ohne Diskussion mit den Deutschen unmöglich ist, was immerhin bedeutsam erscheint. Aus den Berichten geht ferner hervor, daß die genannten 720 Millionen im Verlaufe des ganzen Jahres 1922 bezahlt werden sollen, anstatt bis zum 15. April, und das entsprechend der Erhöhung der Barzahlungen, eine Verminderung der Leistungen vorgesehen ist, die der „Daily Telegraph“ auf 1250 Millionen, anstatt 1750, für 1922 bezeichnet. So daß also, im Vergleich zu der Londoner Vereinbarung, nicht der Umtausch der Leistungsleistungen, sondern nur das Verhältnis zwischen Zahlungen und Barzahlungen, verschoben ist mit der Begründung, daß Frankreich von dem Wißbadener Abkommen nur einen stenisch beschränkten praktischen Gebrauch machen könne.

Zuspaltung der oberschlesischen Verhandlungen?

Eigner Drabbericht der „Dresden Nachrichten“.

Berlin, 11. Jan. Nach einer Meldung des „Matin“ hat die Pariser Regierung an die polnische Delegation in Überholzien die strittige Weisung gegeben, auf alle Fälle das Liquidationsrecht der deutschen Unternehmungen für Polen in Anspruch zu nehmen. Die deutsche Regierung würde sich mit einer solchen Regelung auf keinen Fall einverstanden erklären. Sie würde es, wie erfahren, eher auf einen Scheitern der Verhandlungen kommen lassen, als der Übertragung des Liquidationsrechts der deutschen Unternehmungen an Polen zuzustimmen.

Der frühere Minister des Auswärtigen Dr. Simon hat sich nach Überholzien begeben, um die Leitung der Abteilung für völkerrechtliche Fragen zu übernehmen.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

(Eigene Information der „Dresden Nachrichten“)

Berlin, 11. Jan. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hatten Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, und Dr. Witth sich bereits vor der Einbringung der denationalen Intervention über den Zusammentritt des Auswärtigen Amtes in der letzten Sitzung des Steuerausschusses dahin geeinigt, daß der Auswärtige Ausschuß am kommenden Mittwoch zusammenzutreffen und auch über Cannes sich unterhalten will.

Grafisch Präsident des Irlandparlaments.

Dublin, 11. Jan. In der heutigen Sitzung des Dail Eireann wurde Griffith zum Präsidenten des Dail Eireann mit allen gegen eine Stimme gewählt. (W. T. B.)

Zum Fall „Lempe-Schmitt“.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten, E. G. Beamten gewerkschaftlich bildet und um Aufnahme der folgenden Entgegnung:

Der Vorsitzende Sachsen des D. A. G. der sämtlichen Staats-, Gemeinde- und Polizeibeamte, sowie die Lehrer des Kreisstaates Sachsen umfaßt, hat mit Bekreidung von der fürstlich veröffentlichten Entschließung der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlich vorbehalteter Beamten Sachsen (B. A. G.) zu dem Hause „Lempe-Schmitt“ Kenntnis genommen. Wenn in dieser Entschließung davon die Rede ist, daß es Sache der Gewerkschaften sei, den vermeintlichen Angriff auf das Recht der Beamtenschaft zurückzuweisen, sich ebenso wie andere Berufstände gewerkschaftlich zu organisieren und zu betätigen, so ist der Vorsitzende Sachsen sehr begeistert, wie aus folgender Befürchtung hervorgeht: „Zu in dem Augenblick, wo der Landtag in die Ferien gegangen ist, ist die sächsische Regierung mit beschloßener Ernennung des „Genossen“ Dr. Lempe zum Ministerialrat verhängt.“

Glaubt der Bund Sächsischer Staatsbeamter wirklich, daß Dr. Lempe die Stellung eines Ministerialrats auch dann erhalten hätte, wenn er nicht der Sozialdemokratischen Partei angehört? Dies wird von gleichfalls unterrichteter Seite sehr begeistert, wie aus folgender Befürchtung hervorgeht:

„Zu in dem Augenblick, wo der Landtag in die Ferien gegangen ist, ist die sächsische Regierung mit beschloßener Ernennung des „Genossen“ Dr. Lempe zum Ministerialrat heraustrückt. Also genau dasselbe Mandat, wie im Falle Russel, wo man auch die Gunst des Augenblicks zu nutzen verstand. Durch die amtliche Verlausbarung wird aber, was der Sache die größte politische Bedeutung gibt, auch noch etwas anderes bekannt. Dr. Lempe ist, wenn auch zunächst nur als Ministerialrat, mit der Leitung der I. Abteilung des Ministeriums des Innern betraut worden und damit Nachfolger des Ministerialdirektors Dr. Schmitt geworden. Wenn es nun auch auf dasselbe herauskommt, ob Dr. Lempe als Ministerialrat oder Ministerialdirektor die Leitung der I. Abteilung des Ministeriums des Innern übertragen erhalten hat, so verdient doch allgemein bekannt zu werden, daß man nach verhaktem Beispiel auch in diesem Falle verhakt hat, gleich „ganz reinen Tisch“ zu machen. Aber dieses Mal hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Präsident der Oberrechnungskammer, Dr. Wahle, auf dessen Posten Ministerialdirektor Dr. Schmitt folgetestet werden sollte, läßt sich nicht so ohne Weiteres abdrücken. Er bestreitet dem Gesamtministerium die Befugnis, ihn zwangsweise zu pensionieren, und hat in der Angelegenheit die Entscheidung der Gerichte anerkannt. So konnte bis jetzt die „Rollestellung“ des hochverehrten, wegen seiner aufrichtigen Haltung im Falle Russel auf Wissau geschilderten Ministerialdirektors Dr. Schmitt noch nicht erfolgen, und das Gesamtministerium mußte ihn aus etatrichtlichen Gründen zunächst mit der Ernennung Dr. Lempes zum Ministerialrat beginnen.“

Mit der Ernennung Dr. Lempes zum Leiter der I. Abteilung des Ministeriums des Innern hat – das wollen wir nicht verleugnen – Herr Lipinski wieder einen großen Erfolg zu buchen. Auf dem Wege der „Demokratisierung“ der Verwaltung, wie Herr Lipinski sie aufstößt, oder, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, der Politisierung der Beamtenschaft, steht es in Sachen richtig weiter. Die mehrheitlich sozialdemokratischen Minister haben wieder einmal ihrer nach Herr Lipinski Peife getanzt, und Herr Lipinski hat die „Rollestellung“ des ihm wegen seiner Charakterfestigkeit im höchsten Grade unbedeutsamen Ministerialdirektors Dr. Schmitt leider durchsetzt. Auf einem der wichtigsten Posten eines Ministeriums sitzt nun ein Herr, der ihn für die Verfolgung seiner Ziele ein jederzeit gefülltes Werkzeug sein wird. Ein Herr, der nicht wider den Stacheln läßt und nach Voge der Verhältnisse mit seinem Minister durch und durch zu gehen verpflichtet ist. Dankt Herr Dr. Lempe doch seine Berufung in keinem Amt, wie auch in seinem früheren Amt lediglich dem Umstand, daß er Mitglied einer der sozialdemokratischen Parteien ist, die verhindert einer Stimme Mehrheit lebt in Sachen regieren. Wie der frühere konervative, eisige Bürgermeister von Wissau und – um das ja nicht zu vergessen – Hauptmann der Reserve lediglich auf Grund seiner sozialistischen Orientierung vor anderthalb Jahren Amtshauptmann von Dresden-Reußstadt geworden ist, so dankt dieser Beamte auch seine Berufung zum Nachfolger eines Ministerialdirektors Dr. Schmitt dem bewohnten Büchlein, das ihn als Mitglied einer sozialdemokratischen Partei ausweist. Wäre er nicht im Besitz des Büchchens, so hätte kein Mensch davon gedacht, ihn schon nach anderthalbjähriger Tätigkeit als Amtshauptmann den auch für langjährige Amtshauptleute sehr ungewöhnlichen Sprung vom Amtshauptmann zum Leiter einer der wichtigsten Ministerialabteilung machen zu lassen.

In dieser Ministerialabteilung werden – hier liegt der Schlüssel zu lieber, die lebhafte Beurteilung herzuführenden Ernennung – unter vielen ebenfalls sehr wichtigen Dingen auch die Verhältnisse aller Beamten des Ministeriums des Innern, des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums, sowie der von diesen Ministerien reihenweise Behörden bearbeitet. Auf deren Bearbeitung hat in Herrn Dr. Lempe nun ein ausgesprochener Partei-